



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Türkische Militäroffensive in Syrien verurteilen – Optionen zur friedlichen Beilegung des Syrien-Krieges umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bedauert zutiefst die anhaltenden Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzungen auf syrischem Staatsgebiet. Die jüngste militärische Intervention der Türkei in Nordsyrien bringt erneut zusätzliches furchtbares Leid für die Bevölkerung mit sich. Die türkische Militäroffensive erschwert den Friedensprozess und gefährdet die Erfolge im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Der Landtag bekennt sich zur friedlichen Beilegung der Kriegshandlungen in Syrien und zum Friedensprozess im Rahmen der sogenannten Genfer Runde.

Der Landtag unterstützt auf allen Ebenen den politischen Prozess zum Ende der Gewalt und zur Umsetzung einer Friedenslösung. Er appelliert an die Regierung der Republik Türkei, die international anerkannte Grenze zu Syrien zu respektieren. Der Landtag fordert alle Konfliktparteien auf, am Verhandlungstisch gemeinsam nach Lösungen zu suchen und kein weiteres Leid der Zivilbevölkerung zuzulassen. Er bittet vor diesem Hintergrund die Bundesregierung darum, dies deutlich gegenüber der türkischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Auch bittet er alle staatlichen Ebenen und zivilgesellschaftlichen Akteure, sich im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für ein Ende der Gewalt und eine friedliche Beilegung des Konflikts einzusetzen sowie dringend benötigte humanitäre Hilfe zu leisten.

Begründung:

Am 20.01.2018 startete die Türkei eine Militäroffensive in Syrien mit dem zynischen Namen „Operation Olivenzweig“. Sie ließ ihre Truppen in die von Kurden kontrollierte nordsyrische Region Afrin einmarschieren. Afrin zählt zu den wenigen Gebieten, die bislang vom Krieg in Syrien weitgehend verschont geblieben sind. Deshalb ist es ein wichtiges Rückzugsgebiet für hunderttausende Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Syrien. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg des Assad-Regimes gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates zur Flucht in dieses Gebiet gezwungen worden. Sie sind nun durch die türkische Militäroffensive erneut von Krieg bedroht und zur Flucht gezwungen.

Präsident Recep Erdoğan gießt mit der „Operation Olivenzweig“ Öl in den regionalen Flächenbrand. Gleichzeitig polarisiert er die eigene Gesellschaft weiter. Deutschland ist in diesen Konflikt verstrickt und von den Folgen betroffen. Von Deutschland an die Türkei gelieferte Kampfpanzer wurden bei dem Einmarsch nach Afrin eingesetzt.

Viel zu lange hat Deutschland und die EU kaum oder viel zu leise Kritik an der zunehmend autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt. Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU von Präsident Erdoğan abhängig gemacht. Präsident Recep Erdoğan fühlt sich offensichtlich unabhängig genug, innen- und außenpolitische Grenzen überschreiten zu können. Europa und Deutschland müssen sich gemeinsam mit der Türkei und allen Nachbarländern Syriens für ein Ende des Bürgerkriegs und der Stellvertreterkriege in Syrien einsetzen.